

08.07.93

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zu den Atomtestmoratorien

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 21891 - vom 6. Juli 1993. Das Europäische Parlament hat die Ent-
schlieÙung in der Sitzung am 24. Juni 1993 angenommen.

Entschlieung zu den Atomtestmoratorien

Das Europäische Parlament,

- A. in der Erwägung, daß die von Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten beschlossenen Moratorien am 1. Juli 1993 auslaufen,
- B. unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen, in denen es die Bedeutung dieser Moratorien hervorhebt, auch mit dem Ziel, auf die Nichtunterzeichnerstaaten einzuwirken,
- C. unter Hinweis darauf, daß die Mitgliedstaaten der EG bei der Unterzeichnung des Vertrags über einen begrenzten Atomteststopp von 1963 und des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sich verpflichtet haben, auf ein umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen hinzuwirken, .
- D. in der Erwägung, daß die Mitgliedstaaten des Sdpazifikforums erneut darum ersucht haben, daß die Atomtests im Pazifik endgültig eingestellt werden,
 1. fordert Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten auf, ihre Atomtestmoratorien zu verlängern, und fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, ihre Politik hinsichtlich des Moratoriums zu überdenken, und vertritt die Ansicht, daß jede Entscheidung, die Atomtests wieder aufzunehmen, einen aktiven Beitrag zur Verbreitung von Atomwaffen darstellen würde;
 2. ersucht China, das als einzige Atommacht noch Atomtests durchfhrt, diese Tests einzustellen und seine Politik hinsichtlich des Moratoriums zu überdenken;
 3. fordert die EG-Mitgliedstaaten, namentlich die, die über Atomwaffen verfügen, auf, sich erneut dazu zu verpflichten, auf ein umfassendes Atomtestverbot hinzuwirken und die Konferenz im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags im Jahr 1995 zum Erfolg zu führen, und zwar in dem Sinne, daß der Vertrag auf unbestimmte Zeit fortgeschrieben wird;
 4. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschlieung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen in Genf sowie den Regierungen der Vereinigten Staaten, Rußlands und Chinas zu übermitteln.

Enrico VINCI
Generalsekretär

Egon KLEPSCH
Prsident